

## 288 Franken pro Monat haben oder nicht

Städtische Angestellte profitieren von einer Wohnsitzzulage. Jetzt fordern Bürgerliche: aus Spargründen abschaffen.

Julia Nehmiz

Er arbeitet im Schichtbetrieb. «Anstrengend, aber spannend», so beschreibt der Busfahrer seine Tätigkeit bei den Verkehrsbetrieben der Stadt St.Gallen (VBSG). Er ist dankbar, dass er die Chance erhielt, dort einen neuen Beruf zu erlernen. Und ja, Busfahren mache ihm Freude, es sei ein guter Job. Nicht ganz so gut findet er das Einstiegsgehalt von 4600 Franken pro Monat für Trolleybus-Chauffeure. Wer Car fahren kann, bekommt rund 4900 Franken. Für einen alleine reiche es, aber mit Familie werde es knapp. Vor allem, wenn die Wohnsitzzulage gestrichen werde. «Das geht ans Lebendige.»

Er und viele andere seien auf die Wohnsitzzulage angewiesen – 288 Franken pro Monat haben oder nicht haben. Wenn die Zulage wegfallen sollte, komme das einer Lohneinbusse von gut vier Prozent gleich. Für Chauffeure mit Trolleybus-Einstiegslohn sogar rund sechs Prozent. Zudem: Lohnerhöhungen gebe es bei ihnen praktisch keine. «Wenn die Zulage wegfällt, ist das für uns im Tieflohnsegment lebensbedrohend.»

### Die meisten Angestellten wohnen ausserhalb

Die Wohnsitzzulage. Zankapfel seit vielen Jahren. 2013 hatte der Stadtrat versucht, diese Zulage zusammen mit Treueprämie und Familienzulage zu streichen. Personalverbände wehrten sich. Während in anderen Städten und Gemeinden die Wohnsitzzulage abgeschafft oder verringert wurde, blieb sie in St.Gallen gleich.

Jetzt steht in St.Gallen die Revision des Personalreglements an, seit 1. Januar 2017 wurde an ihr gearbeitet. Der Stadtrat möchte an der Wohnsitzzulage festhalten. Aus den bürgerlichen Fraktionen kommt Gegenwind.

Aktuell profitieren von der städtischen Wohnzulage 1014 städtische Mitarbeitende (Lehrpersonen sind davon ausgenommen, für sie gelten die kantonalen Gesetze), quer durch alle Lohnklassen. Hingegen haben sich 1274 städtische Mitarbeitende entschieden, auf die Wohnsitzzulage zu verzichten: Sie leben in anderen Gemeinden oder Kantonen, sechs sind gar Grenzgänger.

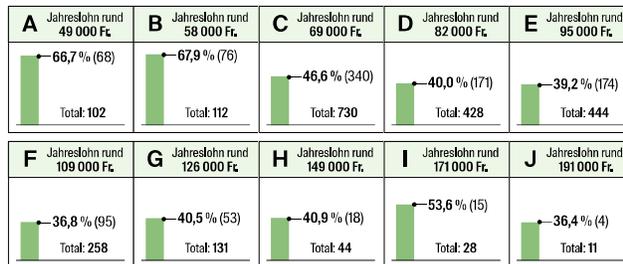
Nur 44,32 Prozent aller städtischen Angestellten leben in der Stadt. Dabei war die Wohnsitzzulage als Anreiz gedacht, hierher zu ziehen – mehr Steuereinnahmen, weniger Pendlerverkehr. In den beiden untersten Lohnklassen scheint die Wohnsitzzulage einen Anreiz zu schaffen (siehe Grafik): Mitarbeitende der Lohnklassen A (Mittelwert gut 49 000 Franken Jahreslohn) und B (Mittelwert 58 000) wohnen zu zwei Dritteln in der Stadt. Ab Lohnklasse C (Mittelwert gut 69 000) kippt es. Einzig in der zweithöchsten Lohnklasse I (Mittelwert gut 191 000) wohnt etwas mehr als die Hälfte der Angestellten in



Buschauffeure der städtischen Verkehrsbetriebe wären von einer Abschaffung der Wohnsitzzulage besonders betroffen. Bild: Benjamin Manser

### Angestellte mit dem tiefsten Jahreslohn wohnen in St.Gallen

Anteil der in der Stadt St.Gallen wohnenden Angestellten in Prozent und Anzahl Personen



Total in der Stadt St.Gallen wohnende Angestellte: 44,3% (1014 Personen)  
Total an anderen Orten wohnende Angestellte: 55,7% (1274 Personen)

Grafik: mop / Quelle: Stadt St.Gallen

der Stadt – 15 von insgesamt 28 in dieser Lohnklasse.

Im revidierten Personalreglement, über welches das Stadtparlament voraussichtlich am Dienstag entscheidet, heisst es: Gerade bei mittleren und unteren Einkommensklassen werde diese Zulage als wichtiger Lohnbestandteil wahrgenommen. Bei Einstellungsgesprächen sei sie als Lohnzulage genannt worden. Ein Wegfall würde kaum verstanden und müsste wohl ausgeglichen werden. Der Stadtrat empfiehlt: «Die Zulage soll beibehalten werden.»

### Bürgerliche fordern: Schritte abzubauen

Dagegen regt sich Widerstand aus den bürgerlichen Fraktionen. Der Tenor bei Mitte/EVP, FDP/Jungfreisinn und SVP: Die Wohnsitzzulage soll abgeschafft werden. Denn: Die Stadt gibt jährlich 2,9 Millionen Franken dafür aus. Die Zulage sei nicht mehr zeitgemäss. Und: Sie zeigt kaum Wirkung, wie Patrik Angehrn, Fraktionspräsident Mitte/EVP, sagt. Er kritisiert: «Wenn weniger als die Hälfte

der städtischen Angestellten in der Stadt wohnen, hat die Wohnsitzzulage ihr Ziel verfehlt.»

Auch Felix Keller, Fraktionspräsident FDP/Jungfreisinn, sagt: «Der Nutzen der Wohnsitzzulage ist fraglich.» Wenn man sich die Zahlen im Mehrjahresvergleich anschaut, zeige sich deutlich, dass eben nicht mehr städtische Angestellte nach St.Gallen zügelten. St.Gallen sei eine der letzten Städte, die diese Zulage kenne. Die Stadt sage selber, dass sie grundsätzlich marktgerechte Löhne zahle. Bei marktgerechten Löhnen sei eine Wohnsitzzulage nicht gerechtfertigt.

Fraktionspräsident Patrik Angehrn möchte die Wohnsitzzulage nicht von heute auf morgen abschaffen. Er schlägt seiner Fraktion vor, dass sie bei Neueinstellungen ab sofort nicht mehr gewährt werde. Bei bestehenden Arbeitsverhältnissen soll sie schrittweise abgebaut werden, innerhalb von vielleicht 15 Jahren. Es sei für niemanden schön, wenn man weniger Lohn erhalte, sagt Angehrn. Doch diese Einbusse soll abgedefert werden

durch die grosszügige Übergangsfrist. Das Geld, das durch den gestaffelten Abbau eingespart werde, könne vielleicht verwendet werden, um allenfalls nicht marktkonforme Löhne aufzubessern – unabhängig vom Wohnort. Angehrn ist überzeugt: «Wenn man marktgerechte Löhne zahlt, dann braucht es keine Wohnsitzzulage.»

Das bekräftigt Donat Kuratli, Präsident der städtischen SVP. Auch die Fraktion der SVP schlage vor, die Wohnsitzzulage aufzulösen. Nicht per sofort, sondern mit einer Übergangslösung von 15 Jahren. Und mit einer Anpassung der Löhne, die heute nicht marktkonform seien.

### Die Betroffenen könnten sich nicht wehren

«Eine Abschaffung der Wohnsitzzulage trifft vor allem die Menschen mit niedrigem Einkommen», sagt Alexandra Akeret, Gewerkschaftssekretärin beim VPOD Ostschweiz und SP-Stadtparlamentarierin. Für Angestellte im Einstiegslohn mit Familie würde es ohne die Zulage nicht ausreichen: «288 Fran-

«Wenn man marktgerechte Löhne zahlt, braucht es keine Wohnsitzzulage.»



Patrik Angehrn  
Präsident der Fraktion von Mitte und EVP

ken pro Monat sind essenziell.» Zudem: Es gebe keine Lohnentwicklung mehr in der Stadt. «Die Löhne steigen nicht, das ist ein Problem.»

Noch ein Problem: Die meisten Mitarbeitenden wüssten nichts von der drohenden Abschaffung der Wohnsitzzulage. «Es ist ja keine Abstimmung, sondern ein Geschäft im Parlament.» Die Betroffenen könnten sich also nicht wehren. Und: Die Stadt habe jetzt schon teilweise Mühe, qualifizierte Mitarbeitende zu finden. So suchen die VBSG erfolglos nach Mechanikern. «In der Privatwirtschaft verdient man deutlich mehr als bei der Stadt.» Marktkonforme Löhne? Nicht für alle Angestellten, moniert Akeret.

Das ist auch ein Punkt, bei dem die Bürgerlichen einhaken. Bei marktkonformen Löhnen brauche es keine Wohnsitzzulage. Bei marktkonformen Löhnen regle es der Markt. Am Dienstag wird sich entscheiden, wie es für die 2288 städtischen Angestellten in Sachen Wohnsitzzulage weitergeht.

### Personalreglement ist ein politischer Dauerbrenner

Lex Terzer Während es an der Sitzung vom Dienstag um Lohnzulagen und Ferienansprüche geht, wird sich das Stadtparlament zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal mit dem Personalreglement beschäftigen müssen. Wann, ist offen.

Im Januar dieses Jahres überwiegt das Stadtparlament eine Motion Andreas Dudlis (FDP, Präsident Geschäftsprüfungskommission) ohne Gegenstimme an den Stadtrat. Der Stadtrat selbst hatte das beantragt. Mit der Motion möchten Legislative und Exekutive das Personalreglement so revidieren, dass Nebenbeschäftigten von Verwaltungsangestellten künftig klar geregelt sind.

### Konkreter Fall gab den Anstoss zur Motion

Grund für die Motion war ein konkreter Fall: Patrik Terzer, Präsident der Kesk Region St.Gallen, gründete das Sozialunternehmen Disore GmbH mit Sitz in Egnach. Er tat dies, ohne seine Chefin, Stadträtin Sonja Lüthi, Vorsteherin der Direktion Soziales und Sicherheit, vorgängig informiert zu haben. Lüthi ihrerseits hielt es nicht für nötig, den Stadtrat zu informieren, weil es sich nach ihrem Ermessen nicht um eine bewilligungspflichtige Nebenbeschäftigung gehandelt hatte, wie sie damals dem «Tagblatt» sagte.

Das führte zu Irritationen. Terzer kündigte daraufhin an, die Beteiligung an der Disore GmbH abzulegen. Das ist Ende August vergangenen Jahres gemäss Handelsregister des Kantons Thurgau geschehen. Neues Mitglied der Disore GmbH wurde Monika Terzer. Das ist Patrik Terzers Mutter.

### Kesk-Interimslösung endet Ende dieses Monats

Wenig später wurde Terzer krank. Er fiel mehrere Wochen aus, stieg dann wieder bei der Kesk ein, anfangs mit einem kleinen Pensum, das kontinuierlich ausgebaut wurde. Im Moment beträgt die Beschäftigung 80 Prozent, wie Sonja Lüthi auf Anfrage sagt. Ende dieses Monats wird Patrik Terzer auch das Präsidium der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wieder übernehmen. Seit dem Spätsommer vergangenen Jahres steht interimweise Vizepräsidentin Céline Fäh der Behörde vor. Gemäss Geschäftsbericht 2021 der Stadt St.Gallen beschäftigte die Kesk Ende vergangenen Jahres 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Geschäftsjahr sei geprägt gewesen von Personalausfällen und einer hohen Fluktuation. Gemäss Lüthi hatte das im Wesentlichen mit der Reorganisation der Kesk zu tun. Die Wechsel in der Behörde seien in diesem Jahr aber abgeflacht, sagt die zuständige Stadträtin. (lwi)